Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 25. Mittwoch den 31. Januar. 1849.

Inland.

Berlin, den 29. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem General-Major v. d. Mark, General-Quartiermeister der Königlich Baierischen Armee, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem Land- und Stadtgerichtsrathe Sönderop zu Landsberg a. d. Warthe den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Schullehrer Vogel in Artern das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Justiz-Kommissarius und Notarius Brock zu Gostyn ist unter Beibehaltung des Notariats als Justiz-Kommissarius an das Land- und Stadtgericht zu Kempen vom 1. Febr. d. J. ab versetzt worden.

---

* Posen, den 30. Januar. Unsere früher schon an diesem Orte ausgesprochenen Sätze über die Nothwendigkeit eines blos suspensiven Veto haben heftigen Widerspruch bei der Partei gefunden, die Alles möchte recht flach und eben haben, die vor Allem erschrickt, was erst in des Begriffes Tiefe seine Begründung findet. Nicht jener Widerspruch, sondern die Wichtigkeit des Gegenstandes selbst veranlaßt uns ihn Angesichts der bevorstehenden Deputirtenwahl nochmals aufzunehmen. Wir greifen unter den mannigfachen, bei dem Wahlakt zu berücksichtigenden Fragen gerade diese heraus, weil erst durch ihre Erledigung der ganze Gang des öffentlichen Lebens ein sicheres Gleis erhält, durch sie erst gewissermaßen die Geschäftsordnung des constitutionellen Staatslebens zum Abschluß kommt. Wir sind der Ansicht, daß an der Spitze einer Verfassungsurkunde vor allen den Paragraphen, welche die materielle Grundlage der künftigen Gesetzgebung feststellen, die Sätze vorgeschoben werden müssen, welche das Formelle der Gesetzgebung, die Normen für die legitime Entstehung eines Gesetzes bestimmen. In diesen Sätzen muß klar und unzweideutig gesagt sein, welche Organe und in welcher Weise sie zur Erzeugung eines gesetzkräftigen Beschlusses zusammenwirken müssen, in wieweit die eine durch die andere gebunden ist, oder auch unabhängig die ihr zustehenden Befugnisse auszuüben vermag. Gleich im Eingang der Verfassungsakte muß unumwunden ausgesprochen werden, wo die Quelle der Staatsgewalten, wie sie im Staatskörper sich vertheilen, wie sie bei widerstreitendem Auseinandergehen wieder zur Einigung zurückzuführen sind. Die Handhabung der Staatsgewalten ist ein verwickeltes Geschäft, das einer genau abgemessenen Geschäftsordnung bedarf, wenn nicht die Fäden verworren durcheinanderlaufen sollen. Vor dem Was der Gesetzgebung muß das Wie zur Verhandlung kommen; denn es hieße fundamentlos in die Luft bauen, wenn ein Parlament ohne sich vor allen Dingen um die Tragweite seiner Beschlüsse zu kümmern, schon das Materielle der Gesetzgebung in Angriff nähme. Man wird grade, weil das Land die organischen Gesetze mit Sehnsucht erwartet, die Frage über das Gewicht der Parlamentsbeschlüsse als Vorfrage bedächtig verhandeln müssen um mit Sicherheit vorzuschreiten, um nicht die Splitter dieser auf das Formelle der Gesetzgebung bezüglichen Frage späterhin immer wieder in der materiellen Debatte auf störende Weise dazwischen geworfen zu sehen. „Ziehe mich langsam an, denn ich habe große Eile", sagte Sancho Pansa zu seinem Weibe; auch in unserm Falle glauben wir, kann der Aufenthalt, den die einläßliche Behandlung der formellen Vorfrage herbeiführen würde, dem rascheren Zustandekommen der organischen Gesetze selbst nur förderlich werden. Eine freisinnige Wahlmännerversammlung muß daher unseres Erachtens großes Gewicht darauf legen, wie ihr Kandidat sich dem Veto gegenüber zu verhalten, mit welchem Nachdruck er das absolute Veto zu unterstützen oder zu bekämpfen gedenkt. Wir können nicht anders, wir müssen in dem Einstehen für das absolute Veto eine verdeckte, im besten Falle sich selbst nicht klare Hinneigung zum Absolutismus erkennen. Man möge uns hundertmal „mit wenig Witz und viel Behagen" die zum Ueberdruß vorgeführten Beispiele Englands und Belgien noch ein Mal zur Schau stellen, wir bleiben dennoch dabei, das absolute Veto ist ein logischer Fehler, ein error in calculo, welcher in den Verwikkelungen der Praxis, bei einem freisinnigen und gegen seine Regierung immer noch mißtrauischen Volke nur zu andauernder Spannung und Reibung Anlaß zu geben geeignet ist. Dürfte die Regierung es wagen, von einem ihr zustehenden absoluten Veto Gebrauch zu machen? Sicherlich nein; man würde es ihr schief deuten und in gehässiger Weise auslegen. Oder hat etwa das in außerordentlicher Zeit am 9. November gegen die Existenz der Nationalversammlung ausgeübte Veto der Regierung sich im Lande die Anerkennung erworben, wie sie der heroischen Revolutionsthat allerdings zugestanden werden dürfte? Beseitigten die später erlassenen liberalen Verordnungen, die freisinnige Verfassungsurkunde selbst das tief wurzelnde Mißtrauen gegen eine Regierung, die sich mit einem diesmal sogar heilsamen Akt des Absolutismus ins Dasein einführte? Waren die spätern Schritte im Stande die Mißliebigkeit anderer vorhergehender oder dazwischenlaufender Akte von mehr zweideutiger Natur zu paralysiren und zu verwischen? Der Ausfall der Wahlen in der ganzen Monarchie hat die noch vorhandene ministerfeindliche Verstimmung des Volkes deutlich erkennen lassen. Ihr allein ist es zuzuschreiben, daß aus der Urne neben den im Allgemeinen vorherrschenden, warmen Tinten einer volksthümlichen Gesinnung auch die schreienden Farben des Radicalismus zum Vorschein kamen. Denn Absolutismus und Radicalismus sind zwei Pole desselben Gegensatzes; der Eine fordert den Andern, ruft ihn hervor und erhält ihn in seiner Kraft. Sich überbietend in gegenseitiger Spannung steigern sie ihre Intensität, bis die verderbliche Entladung erfolgt und Alles vernichtet, was zwischen den gegenstreitenden Elementen sich ausgleichend zu gestalten strebte.

†* Bromberg, den 28. Jan. Die Vorversammlungen der Wahlmänner unseres Kreises zur Wahl der 3 hier zu wählenden Deputirten für die zweite Kammer haben gestern begonnen. Vormittags um 11 Uhr hatten sich im Colosseum circa 150 Wahlmänner eingefunden, um zunächst Vorschläge zu machen. Hauptsächlich fielen die Vorschläge auf conservative Candidaten, wenigstens wurde für dieselben mit großem Applaus geschrieben, während die Candidaten der entgegengesetzten Partei wenig Anklang fanden. Von den ersteren werden sich wahrscheinlich besonders der Major v. Voigts-Rhetz, welcher bekanntlich von uns schon das letzte Mal als Deputirter nach Brandenburg geschickt war, der Seminar-Direktor Grützmacher, welcher wegen seiner Verdienste um den hiesigen Deutschen Bürgerverein und die Deutsche Sache überhaupt Aussichten hat, gewählt zu werden, und der Landrath Illing aus Mogilno, der sich als begeisterter Redner auszeichnet, den Rang streitig machen. Jedoch hat jetzt der Major Voigts Rhetz die größten Chancen für sich, wenn man wenigstens nach der Stimmung der gestrigen Versammlung urtheilen darf. Im Schubiner Kreise, mit dem wir hier zusammenwählen, soll der durch seine Thätigkeit in der Berliner und Brandenburger Nationalversammlung wohl bekannte Landgerichts-Direktor Geßler große Aussichten haben. Der Wirsitzer Kreis, der ebenfalls zum hiesigen Wahlbezirk geschlagen ist, und bekanntlich sehr viele conservative Elemente in sich trägt, ist zwar noch für keinen Candidaten ganz entschieden, jedoch wird gewiß auch dort ein Conservativer den Sieg davon tragen. Wahrscheinlich werden sich nach einigen Andeutungen eines gestern hier anwesenden einflußreichen Wahlmannes aus der Wirsitzer Gegend die Kreise so vereinigen, daß jeder einen seiner Candidaten durchbringt und die andern beiden ihm dabei behilflich sind. — Für die erste Kammer hat sich der Commerzienrath W. Beer als Candidat gemeldet; auch nennt man den Gutsbesitzer v. Sänger auf Sarczyn. — Auf dem Lande sind die Wahlen der Wahlmänner meist conservativ ausgefallen; in den kleinen Städten der Umgegend dagegen nur theilweise. So besonders in Koronowo und Labischin; in Fordon, Exin, Schubin und Nackel dagegen haben die Demokraten gesiegt.

Koronowo, den 25. Jan. Unsere Stadt war Behufs der Wahlen in drei Wahldistrikte getheilt, deren erster die Deutschen, wohlhabenderen und meist auch gebildeteren Bürger umfaßt. Hier wurden 5 Deutsche, darunter 2 Juden gewählt. In den andern beiden Bezirken: dem sogenannten Töpfervietrel, wozu die Feldfluren der Ausgebauten geschlagen waren, und auf der Vorstadt sind nur Candidaten der Liga polska und zwar in der, von dieser am vorhergehenden Tage festbestimmten Reihenfolge durchgekommen. In dem zweiten Wahldistrikt sollen sich selbst Leute darunter befinden, die nicht einmal lesen können, während man einen allgemein geachteten Mann, den Rektor Weckwarth überging. Auf der Vorstadt sind mit seltener Majorität 5 Deutsche gewählt. Trotzdem, daß hier auch einem Deutschen die Unterstützung der Liga polska verheißen worden, erhielt er von der Seite gar keine Stimmen. Bei der Wahl des letzten Candidaten fiel übrigens ein Formfehler vor.

Labischin, den 23. Jan. Am 21sten d. M., am Tage vor der Wahl, versammelte der Bürgermeister die Urwähler in der Synagoge, um, wie er sagte, sich das Wahlgeschäft für den folgenden Tag zu erleichtern. Er schlug 7 Wahlmänner, 2 Juden, 2 Evangelische und 2 Katholiken vor, von denen die Mehrzahl weder schreiben noch lesen kann; als 7. Wahlmann wünschte er einen, der weder Jude noch Christ sei. Da ließ sich eine Stimme hören: „Der Bürgermeister Schön kann der 7. Wahlmann sein!" Ja wohl, antwortete unser Vater der Stadt, und nachdem der Versammlung noch recht oft die Namen der vom Bürgermeister eigenmächtig bezeichneten Wahlmänner aufgezählt worden, wurde die Versammlung aufgehoben. Am Wahltage begab sich der Bürgermeister mit seinem Schwager, der die Stelle eines Abschreibers versieht, in das Wahllokal. Als erster Wahlmann wurde der Bürgermeister Schön bezeichnet und obgleich die Stimmen sämmtlicher Deutschen, darunter auch eines großen Theils der Juden gegen ihn waren, so ging der ꝛc. Schön doch als Wahlmann hervor. Die zweite Wahl ließ den Lehrer Richter als Sieger auftreten. Dagegen erhoben die Polen einen ungeheuren Lärm, von Worten kam es zu Thätlichkeiten und der Wahlaktus mußte unterbrochen werden. Die Prügelei dauerte aber noch fort. (Br. Woch.)

R Berlin, den 28. Jan. Die Preußischen Abgeordneten in Frankfurt halten der Mehrzahl nach zusammen und bilden eine geschlossene Masse der rechten Seite. Als sie mit der Erblichkeit der Kaiserwürde nicht durchgedrungen waren, stimmten sie sämmtlich mit der Linken gegen alle andere modificirende Anträge. Es ist das mit großem Bedacht geschehen. Unsere dortigen Abgeordneten der Rechten haben ihre bestimmten Verbindungen hierher und selbst während der Abwesenheit Camphausens nach einem von hier aus genehmigten Plane. Durch die Zurückweisung sämmtlicher Anträge ist es gelungen, die definitive Entscheidung über diese wichtigste aller Deutschen Fragen bis zur zweiten Lesung aufzuschieben. Inzwischen werden die Verhandlungen mit dem Oesterreichischen Hofe sehr lebhaft betrieben, und es ist jetzt ausgemacht, daß unser König seine Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Kaiserwürde von der Stellung abhängig machen wird, die Oesterreich dem Deutschen Vaterlande gegenüber einnehmen wird. — Die Wahlmänner des 22. Januar halten sehr fleißig Parteiversammlungen, nur wenige gemeinsame Versammlungen. Viele mehr in der Mitte stehende Wahlmänner werden von beiden Parteien als die Ihrigen betrachtet und zu gewinnen gesucht. Wahlmannsverzeichnisse werden gedruckt mit Angabe der Parteistellung, wobei die wunderlichsten Dinge vorkommen, so daß entschieden Conservative als Liberale bezeichnet sind und umgekehrt. Die große Masse der Wahlmänner gehört in allen vier Wahlkreisen Berlins der liberalen Richtung an, zum Theil sehr stark nach der äußersten Linken neigend, so daß Waldeck, Temme, Jacoby und Kirchmann unzweifelhaft hier werden gewählt werden, Waldeck wahrscheinlich in mehr als einem Wahlkreise. Auch in den Provinzen hat die liberale Partei in den meisten Gegenden die Oberhand behalten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird daher unsere zweite Kammer die meisten bedeutenden Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung in sich sehen. Um so wünschenswerther aber erscheint es, daß den starken Vertretern der Linken gegenüber innerhalb der zweiten Kammer ein Gegengewicht gegeben werde durch hervorragende Talente wie Vincke, Beckerath, Arnim u. A. Würde das Gegengewicht durch die erste Kammer gegeben, und nicht innerhalb der zweiten sich finden, so könnte dies leicht zum Unglück fürs Vaterland werden. Ein Bruch zwischen beiden Versammlungen wäre unvermeidlich, die größere Masse der Nation würde sich nur durch die zweite Kammer vertreten erklären, und da gegen die erste Kammer an und für sich schon Neid, Haß und Mißtrauen sich leicht erzeugt, so würde der Conflikt zwischen beiden Häusern ins Volk übertragen werden und uns einer düsteren Zukunft entgegen führen. Darum erscheint es als die Pflicht jedes redlichen mit dem Vaterlande wohlmeinenden Staatsbürgers, dahin zu streben, daß in beiden Kammern beide Parteien ihre Vertreter finden, und daß das in jedem constitutionellen Staatsleben für die siegreiche Partei nothwendige Gegengewicht innerhalb ein und desselben Hauses sei.

Berlin, den 29. Januar. Wie zu erwarten stand, sind die Wahlen zur ersten Kammer hier, so weit ich die Resultate in Erfahrung bringen konnte, sämmtlich auf conservative Männer gefallen. — Es kursirt hier heute das Gerücht, daß in Paris eine neue Revolution ausgebrochen sei und Louis Napoleon sich auf der Flucht befinde.

— Von manchen Seiten her war das Ministerium angegangen worden, schon vor dem Beginn der Wahlen seinen Sitz einem mehr volksthümlichen Ministerium zu überlassen, um die Wahlen nicht im feindseligen Sinne gegen gewisse Namen und Personen ausfallen zu lassen, indeß waren die Schwierigkeiten einer Neubildung oder einer Umbildung so bedeutend, daß davon abgestanden werden mußte. Namentlich aber wollte auch Herr v. Manteuffel die volle Verantwortlichkeit seiner Amtsführung den neuen Kammern gegenüber, wie sie auch ausfallen möchten, auf sich nehmen. So ist es denn entschieden, daß das Ministerium Brandenburg bleibt und vor die neuen Kammern tritt. Ohne Einmischung in die Fragen der Politik, hält sich Herr Rintelen fast nur im Geschäftskreise seines Ministeriums, da er sich jener Frage nicht gewachsen weiß. — Der Entschluß des Herrn v. Manteuffel ward mit dem Tage gefaßt, als er in das Ministerium des Innern einzog; bis dahin hatte er noch an einen möglichen Rücktritt vor dem Zusammenkommen der neuen Kammern gedacht.

— Die echt konstitutionelle Stellung, welche Hr. Grabow seit den entscheidenden Schritten der Nationalversammlung eingenommen hat und welche er bis zu seinem Austritt folgerichtig und rein bewahrte, läßt seine Wahl in Prenzlau sehr zweifelhaft erscheinen, indem sowohl die entschiedene Linke, als der Preußenverein gegen ihn agitiren und seine Wahl hintertreiben wollen. Um so größer dürfte die Aufforderung für Berlin sein, einen so anerkannt tüchtigen und vorwurfsfreien Mann mit auf die Wahl zu bringen, sei es für die erste oder die zweite Kammer.

— Bei den nunmehr bald zusammentretenden Kammern wird die Stenographie durch die dabei engagirten Stenographen auf alle Arten vertreten sein. Für die erste Kammer sollen engagirt werden 1) zwei Stenographen der Gabelperger'schen Methode, 2) zwei der Wiesner'schen Methode, welche letztere erst vor Kurzem erfunden ist, jedoch das nicht leisten soll, was vermöge der beiden andern Methoden erlangt wird. Die übrigen bei dieser Kammer, so wie die sämmtlichen in der zweiten Kammer angestellten Stenographen werden von der Stolzeschen, als der anerkannt besten und am weitesten verbreiteten Methode sein.

Frankfurt a. O., den 27. Januar. Vorgestern ereignete sich hier ein bedauerlicher Vorfall. Mehrere Soldaten des I. Bataillons (10. Inf.-Reg.) erschienen in der Karthause, fingen ohne Veranlassung mit den dort friedlich sitzenden Bürgern Streit an, wurden handgemein und machten dabei von ihren scharfgeschliffenen Seitengewehren einen so nachdrücklichen Gebrauch, daß 8 Bürger mehr oder weniger schwer verletzt darniederlagen. Einer hat sich durch einen Sprung aus dem Fenster das Bein gebrochen. Die Erbitterung über diese nun schon viermal wiederholten Ueberfälle ist unter der Bürgerschaft außerordentlich groß, um so mehr, als es scheint, daß man es mit der Bestrafung der Thäter keineswegs ernstlich meint. Der größte Theil der Bürger ging gestern Abend bewaffnet aus. Im Bürgerwehr-Club ward eine außerordentliche Sitzung gehalten und an den Kriegsminister eine Petition

um sofortige Verlegung des Bataillons beschlossen, weil, wenn dies nicht geschehe, das Aergste zu erwarten sei.

In Elberfeld hat die conservative Partei gesiegt, in Trier sind nach der dortigen Zeitung die Wahlen für die demokratische Partei günstig ausgefallen. In Coblenz sind von 77 Wahlmännern 76 Candidaten des „Vereins für volksthümliche Wahlen."

Trier, den 24. Januar. Die demokratische Partei hat hier, wie vorauszusehen war, in allen 18 Bezirken der Stadt, mit einer Ausnahme, bei den gestern stattgefundenen Wahlen gesiegt.

Schleswig, den 24. Januar. Nach einer Angabe in der „W. H. N." wird gegenwärtig über Verlängerung des Waffenstillstandes unterhandelt.

Schleswig, den 25. Januar. Was Schleswig zu erwarten habe, wenn es, wie das neue Friedensprojekt will, eine scheinbare Selbstständigkeit erhielte, wird wohl jetzt Jedem einleuchten. Die Rüstungen in den Herzogthümern werden aber auch nun auf's Eifrigste betrieben. Es werden noch 10 Bataillone, für welche Preußen die Offiziere abgiebt, uniformirt, und zur Bewaffnung der Infanterie sollen 15,000 Zündnadelgewehre neuester Construktion, mit Spitzkugeln, von Preußen geliefert werden. Die durch mehrere Batterien verstärkte Artillerie soll binnen Kurzem eine bedeutende Anzahl Offiziere verschiedener Norddeutscher Staaten erhalten und 1000 Pferde sind in den letzten Wochen bereits aufgekauft, wozu unsere gemeinsame Regierung 100,000 Thlr. hergegeben hat. Der General v. Bonin, der am 23. von Berlin in Rendsburg eintraf, hat sogleich alle Anordnungen getroffen, um den etwaigen ferneren Versuchen der Dänen begegnen zu können. Die meisten Schleswig-Holsteinischen Truppen rücken nun auf Befehl des Generals nach dem Norden, bedeutende Munitions-Transporte sind auch schon dahin abgegangen, und wir sehen dem Einrücken der jenseits der Elbe liegenden Reichstruppen mit jedem Tage entgegen, welches jetzt, da der Strom gänzlich vom Eise befreit ist, gut geschehen kann.

Tondern, den 23. Januar. Aehnliche Auftritte, wie sie in Forballum vorkommen, werden aus Scherrbeck berichtet. Auch hier wurden die Insurgenten von einer kleinen Abtheilung Schleswig-Holsteiner Truppen in die Flucht geschlagen.

Frankfurt a. M., den 23. Jan. Auf die in Betreff der Oberhauptsfrage von dem Großherzoglich Hessischen Bevollmächtigten überreichte Erklärung vom 11. d. M. hat der Präsident des Reichsministeriums folgende Antwort ertheilt: „Der Reichsverweser hat aus der dem Reichsministerium überreichten Erklärung vom 11. d. M. Kenntniß davon genommen, daß es den Gesinnungen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen vollkommen entspreche, wenn ein einziges und selbst erbliches Oberhaupt an die Spitze des Deutschen Bundesstaates gestellt werde. In diesem hochherzigen Ausspruche erkennt der Reichsverweser eine weitere starke Bürgschaft des seiner Obhut anvertrauten Einigungswerkes. Er hat den Unterzeichneten beauftragt, dafür den Ausdruck des Dankes zu übernehmen, in welchem das ganze Deutsche Volk übereinstimmen wird. Denn nach so vielen Leiden war diesem schon die Sorge genaht, ob das große Ziel auch wirklich werde erreicht werden. Seine Zuversicht aber richtet sich wieder auf an der Wahrnehmung so edler Bereitwilligkeit Deutscher Fürsten, und die vaterländische Geschichte wird solchem Beispiele des schönsten Zusammenwirkens einst das Denkmal großer Anerkennung nicht versagen. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für das Großherzogthum Hessen, diese Erwiederung zur Kenntniß des Großherzogs zu bringen. Frankfurt, den 20. Januar 1849. (unterz.) Gagern."

Frankfurt, den 24. Januar. Nach der Deutschen Zeitung hat die Preußische Regierung am 20. v. M. beschlossen: 1) Durch Rundschreiben sämmtliche Deutsche Regierungen zu einer Erklärung aufzufordern, in welcher Weise sie den Berathungen der verfassunggebenden Nationalversammlung über das Verfassungswerk gefolgt, und ob sie geneigt wären, sich collectiv darüber zu äußern oder einzeln ihre Stimmen darüber abzugeben. 2) Der Centralgewalt zu erklären, daß Preußen auf jeden Fall, ob Oesterreich eintrete oder nicht, an der Form des Bundesstaates für Deutschland festhalten werde. Durch diesen Beschluß ist der Rücktritt Camphausens aus seiner Stellung, wenn er zu befürchten war, sicherlich verhindert.

— Die Vereinigung der acht Thüringischen Staaten zu einem Gesammtstaat Thüringen ist bekanntlich gescheitert. An die Stelle dieses vereitelten Planes ist, wie wir hören, ein anderer getreten, nämlich der, statt bloß unter sich selbst, sich nunmehr mit dem Königreiche Sachsen in der Weise zu vereinigen, daß Thüringen und Sachsen für gewisse Angelegenheiten, z. B. für Gesetzgebung, Militairwesen 2c. zu einem gemeinschaftlichen Landtage zusammentreten, für untergeordnete, mehr provinzielle Gegenstände aber ihre Sonderlandtage behalten. Zur Einleitung der Ausführung dieses Planes war schon am 9. Januar der Großherzogl. Weimarische Minister v. Watzdorf von Gotha aus nach Dresden gereist, und von dort nach Frankfurt. Hier traf er den Minister von Meiningen, an dessen Widerspruch der erste Plan scheiterte und leicht auch der zweite scheitern kann. Die gründlichen Berathungen, die über den Plan gepflogen worden, besonders auch im Beisein des Reichskommissairs v. Mühlenfels, sollen große Schwierigkeit für die Ausführung ergeben haben.

Frankfurt, den 24. Januar. Wie in dem Verfassungsausschusse, so hat sich gestern in der Reichsversammlung für keinen der Vorschläge über die Dauer der Würde des Reichsoberhauptes eine Mehrheit ergeben. Welcher Antrag die meiste Aussicht habe, bei der zweiten Lesung die Mehrheit zu erhalten, kann aus den Stimmenzahlen vermuthet werden, die jeder einzelne Vorschlag erhielt. Für die Dauer von 12 Jahren stimmten 14, für Lebenszeit 39, für 3 Jahre 120, für 6 Jahre 196, für Erblichkeit 211 Mitglieder; weitere 27 würden die absolute Mehrheit gebildet haben, und diese wäre vielleicht gestern schon durch die Stimmen derjenigen erreicht worden, welche eventuell für die Erblichkeit gestimmt haben würden, aber nicht dazu gelangen konnten, weil mit der Erblichkeit angefangen wurde.

Hannover, den 25. Jan. Schon am verwichenen Sonntage sind in Folge von Streitigkeiten zwischen Militair und Handwerksgesellen beklagenswerthe Excesse in Hildesheim vorgefallen, die sowohl am Montage, als an den folgenden Tagen in zunehmender Ausdehnung sich leider wiederholt haben. Gestern Abend soll der Unfug jedoch einen so bedrohlichen Charakter angenommen haben, daß man die Verstärkung der bewaffneten Macht für dringend hat erachten müssen. Es sind deshalb resp. vergangene Nacht und am heutigen Morgen 6 Uhr 1 Bataillon Gardejäger und 1 Regiment Garde du Corps in Eile von hier nach Hildesheim befördert worden.

Frankfurt, den 25. Jan. Wir freuen uns, schreibt die Ober-Postamts-Zeitung, abermals folgende Zuschriften, welche das Reichs-Ministerium erhalten, mittheilen zu können:

I. „Schon in den ersten Tagen dieses Jahres haben Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg, geleitet von der Ansicht, es sei unter den gegenwärtigen Umständen dringende Pflicht und Aufgabe der Deutschen Fürsten, ihre Meinungen zu vereinigen und dieselben unverhohlen auszusprechen, in einem Schreiben an Se. Majestät den König von Preußen den Wunsch und die Hoffnung ausgedrückt, daß es Höchstdemselben gefallen möge, der sich immer deutlicher erhebenden Stimme des Deutschen Volkes und dem wahrscheinlichen Vorschlag seiner Vertreter gemäß, die oberste Leitung des neu zu gründenden Bundesstaats zu übernehmen. Der Unterzeichnete ist veranlaßt, dem Reichs-Ministerium des Innern von diesem Schritte Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs Kenntniß zu geben. Frankfurt a. M., den 24. Jan. 1849. (gez.) Mosle."

Ferner II. „Se. Hoheit der Herzog zu Sachsen-Meiningen, durchdrungen von dem ernsten Wunsche, daß die neue Verfassung des Deutschen Vaterlandes auf dem von der National-Versammlung bis jetzt gelegten Grunde bald und glücklich zur Vollendung komme, hat den unterzeichneten Bevollmächtigten beauftragt, an das Reichs-Ministerium, wie hiermit geschieht, die offene Erklärung zu richten, daß Höchstdieselben nur in der Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an Se. Majestät den König von Preußen einen das allgemeine Wohl sicher verbürgenden Abschluß des unternommenen Verfassungswerkes zu erkennen vermögen und deshalb eine dem entsprechende Entscheidung der noch schwebenden Frage wegen Ernennung eines Reichsoberhauptes mit Freude annehmen und anerkennen würden. Frankfurt, den 21. Januar 1849. Der Herzoglich Sachsen-Meiningensche Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt. (gez.) Seebeck."

Zugleich hat der Bevollmächtigte für Altenburg der Centralgewalt amtliche Kenntniß von der Adresse gegeben, die Se. Hoheit der Herzog von Altenburg in Gemeinschaft mit den übrigen Thüringenschen Fürsten an Se. Majestät den König von Preußen gerichtet und welche wir bereits mitgetheilt haben.

— Das heute ausgegebene 10. Stück des „Reichsgesetz-Blattes" veröffentlicht folgendes „Gesetz, betreffend die Schließung der öffentlichen Spielbanken und Aufhebung der Spielpachtverträge. Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichs-Versammlung vom 8. Januar 1849, verkündet als Gesetz: Einziger Artikel. Alle öffentlichen Spielbanken sind vom 1. Mai 1849 an in ganz Deutschland geschlossen und die Spielpachtverträge aufgehoben. Frankfurt, den 20. Januar 1849. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern H. v. Gagern. Der Reichs-Minister der Justiz R. Mohl."

Frankfurt, den 26. Januar. Die Revue des deux Mondes meldet, daß Metternich, unheilvollen Andenkens, bei der Nachricht von der Französischen Februar-Revolution den Franzosen das linke Rheinufer angeboten hat, um sie dadurch von einer Intervention zu Gunsten der Lombardei abzuhalten (die O.-P.-A.-Z. sagt, daß zur Wahrung Deutscher Ehre eine weitere Erklärung über den betreffenden Punkt zu wünschen sei.)

— Dem Reichsministerium hat der Bevollmächtigte für Kurhessen in einem Schreiben die Erklärung zugehen lassen, daß der Kurfürst mit der Einsetzung eines starken Reichsoberhauptes einverstanden sei. — Eine vielfach in der Presse erwähnte Angabe, daß Wechsel, von der Reichskasse auf die Preußische Staatskasse gezogen, mit Protest zurückgekommen seien, wird durch folgende Mittheilung berichtigt: „Ich kann Ihnen aus guter Quelle mittheilen, daß die Reichskasse keine Wechsel ausgestellt hat und daß auch keine für ihre Rechnung ausgestellten Tratten zurückgekommen sind, sondern lediglich die Annahme der letztern, in Folge einer in Berlin stattgehabten Verspätung des Avises, um einen Tag verzögert worden, dann aber sofort erfolgt ist.

Dresden, den 24. Januar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer antwortete der Minister auf die Tzschirnersche Interpellation in Betreff des Rechenschaftsberichts des Sächsischen Gesandten in Wien über die Tödtung R. Blum's. „Der Bericht des Sächsischen Gesandten in Wien wäre am 21. Dezember in Dresden eingegangen, und die Regierung hätte aus demselben allerdings ersehen, daß der Königl. Sächsische Gesandte in Wien bei der drohenden Lebensgefahr des Reichstagsabgeordneten, und da diese ihm nicht verborgen geblieben sein konnte, seinen Obliegenheiten jedenfalls besser nachgekommen sein würde, wenn er sich direkt an den Fürsten Windischgrätz gewendet hätte: allein einen Grund zu einer strafrechtlichen Verfolgung des Gesandten, wie sie von einigen Seiten gewünscht worden wäre, hätte die Regierung daraus nicht entlehnen können. Alsdann habe sie sowohl in Frankfurt durch ihre Bevollmächtigten die geeigneten Anträge stellen lassen, als auch namentlich in Wien durch den Gesandten auf Mittheilung der Prozeßakten wiederholt, wiewohl vergeblich, antragen lassen. Ebenso erfolglos seien die Bemühungen des Sächsischen Gesandten in Betreff der Auslieferung des Leichnams R. Blums gewesen, dagegen seien der Familie desselben die von ihm hinterlassenen Effekten und Papiere ausgeliefert worden. Wenn die Erfolge den gehegten Erwartungen nicht entsprächen, so werde die Kammer sich überzeugen, daß dies allein in den Conflikten des politischen Standpunktes liege, die bis jetzt noch nicht zu lösen gewesen wären." Tschirner hielt diese Erklärung für ungenügend, und auf seinen Antrag wurde eine außerordentliche Commission zur Untersuchung dieser Angelegenheit niedergesetzt.

Dresden, den 26. Jan. Heute Morgen haben sämmtliche Minister ihre Entlassung bei dem König eingereicht. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, wo sämmtliche Minister anwesend waren, ergriff, nach dem Vortrage der Registrande, der Staatsminister Dr. v. d. Pfordten das Wort. „Sämmtliche Staatsminister, mit Einschluß des zwar auf Urlaub befindlichen, seit gestern aber hier anwesenden Staatsminister Dr. Braun, haben es für ihre Pflicht erachtet, Sr. Maj. dem Könige die Schwierigkeiten darzulegen, welche sich einer erfolgreichen Wirksamkeit von ihrer Seite für das Wohl des Landes entgegenstellen, und haben Sr. Maj. ihre Entlassung anheimgegeben. Sr. Maj. hat sich die Entscheidung hierauf zur Zeit noch vorbehalten; sobald sie erfolgt ist, wird den Kammern darüber Mittheilung gemacht werden. In Folge davon müssen die Staatsminister jetzt sich der Erörterung aller Principienfragen und der Beantwortung der gestellten Interpellationen enthalten. Doch schritt man, unter Anwesenheit des Regierungskommissars Todt, zur Fortsetzung der Berathung über die Geschäftsordnung. Die ganze Geschäftsordnung wurde zuletzt mit den beschlossenen Abänderungen gegen 5 Stimmen angenommen.

— Die „Deutsche Allg. Ztg." theilt über die Ministerkrisis mit, daß der Grund des Rücktritts der Minister nicht in der Kammer zu suchen sei, sondern vielmehr darin, daß sie am heutigen Tage auf eine Interpellation wegen Publikation der Grundrechte hätten antworten sollen, und in dieser Angelegenheit besonders bei Art. V. §. 17. (über die Religionsgesellschaften) auf unübersteigliche Hindernisse gestoßen seien. Allerdings wird von anderer Seite, und wahrscheinlich mit Recht, behauptet, daß das Ministerium deshalb zurückgetreten sei, weil seit dem Zusammentritt dieses Landtags, kaum ein Gegenstand verhandelt worden, wo die Majorität für gut befunden hätte, sich mit der Ansicht des Ministeriums einverstanden zu erklären.

Dresden, den 27. Januar. So eben gab der Staatsminister v. d. Pfordten in der zweiten Kammer folgende Erklärung ab: Se. Maj. der König habe sich nicht entschließen können, die angebotene Entlassung der Minister schon jetzt anzunehmen. (Bravo auf den Tribünen.) Die Kammer werde sich aber wohl nicht wundern, daß das Ministerium nicht im Stande gewesen sei, einen erst nach mehrfacher und reiflicher Ueberlegung gefaßten Beschluß sogleich aufzugeben, sondern sich seine letzte Entschließung noch vorbehalten müsse. Zugleich bemerkte der Minister: Es sei gestern in diesem Hause die Vermuthung ausgesprochen worden, daß das Entlassungsgesuch der Minister seinen Grund in der Differenz mit der Krone wegen Publikation der Grundrechte haben. Er erkläre, daß dies falsch sei. Das Ministerium habe in dieser Sache Sr. Maj. dem Könige Vorschläge gemacht, von denen es hoffe, daß auch die Kammern sie genehmigen werden, und Se. Maj. der König habe diesen Vorschlägen beigepflichtet.

München, den 25. Januar. Das Centrum der Abgeordnetenkammer hat sein Programm veröffentlicht, in welchem es sich für einen entschiedenen Anschluß an die Deutsche Nationalversammlung ausspricht. — Unter den Mitgliedern der Adresse-Commission in der Abgeordnetenkammer herrscht in Bezug auf die Deutsche Frage und besonders die Rechtsgültigkeit der Grundrechte fast Einstimmigkeit.

Stuttgart, den 24. Jan. Das „Neue Tagblatt" schreibt: Hofrath Hackländer, der Privatsekretair des Kronprinzen, ist mit vollem Gehalt so eben pensionirt worden. Man will wissen, Ihre Kaiserl. Hoheit die Kronprinzessin habe vor ihrer Abreise nach St. Petersburg gewünscht, eine andere Eintheilung in ihrem Haushalte getroffen zu sehen, daher noch weitere Aenderungen wohl in nächster Zeit in Aussicht stehen dürfen. Ihre Rückkunft soll, so wird bestimmt versichert, bis Mitte März erfolgen. Auch sollen, was für unsere Gewerbsleute eine angenehme Aussicht eröffnet, die Arbeiten am Aeußeren und Inneren der kronprinzlichen Neubauten im vollen Umfange fortgesetzt werden.

Wien, den 24. Jan. (Schles. Ztg.) Die Nachricht von der Auflösung der Ungar. Armee, die im 17. Armee-Bulletin beiläufig mit erwähnt wird, bestätigt sich, so wie, daß Pazmandy zu diesem Behufe aus Debreczin bereits in Pest angekommen ist. — In Triest ist eine Estaffete mit der Weisung angelangt, auf Fluchtversuche Kossuths, seiner Gattin und sechs anderer Rebellenführer strengstens Acht zu haben. — In Klausenburg herrscht wieder das magyarische Schreckenssystem General Bem, der eine Proklamation des Inhalts erlassen hat, daß er die Ruhe und den Frieden in Siebenbürgen herzustellen gekommen sei, hat bereits den Beweis damit geliefert, daß er 17 Individuen aufknüpfen ließ.

— Die Besorgniß vor weiterem Wasserunglück ist nun ganz verschwunden, obschon der Eisstoß im Donaukanal noch immer festsitzt. Eine Kundmachung des Gouverneurs Welden meldet die nächtliche Ermordung einer Schildwache am Hetzendorfer Schlosse. Den Thäter hat man bis jetzt noch nicht ermittelt. — Dr. Füster ist seiner Funktionen als Religions-Professor an der philosophischen Studienabtheitung förmlich enthoben worden. — Die Telegraphenlinie von hier nach Triest naht ihrer Vollendung, und wir werden sonach bald in kürzester Zeit die neuesten Nachrichten aus Italien erhalten können.

— Nach Berichten der W. Z. hat bei Comorn sich nichts verändert. Der Commandant Maitheny leistet noch Widerstand. Ein gutgesinnter Oesterreichischer Artillerist hatte auf den Wällen nächtlicher Weile gegen 100 Kanonen vernagelt. Maitheny ließ ihn aufknüpfen. Ein so eben aus Pesth vom 22. datirtes Privatschreiben meldet in Betreff der Ankunft des Präsidenten Pazmandy aus Debreczin, daß sich noch 106 Kossuth'sche Deputirte des Reichstags

allbort befänden, daß sie aber keine Sitzungen hielten, sondern daß der sogenannte Landesvertheidigungs-Ausschuß seine Funktionen im Geiste Kossuths fortsetze. Alle Magazine, Vorräthe, die Pressen und Kassen waren nach Großwardein abgeführt.

— Zwei Ungar. Husaren-Regimenter, Erzherzog Ferdinand und König von Hannover haben die Rebellen verlassen und sich im Lager der K. K. Armee zu ihren Pflichten eingestellt. (Ll.)

Kremsier, den 22. Januar. Nachfolgendes Document ward den Seelsorgern in Oberösterreich im Januar zugestellt, kurz bevor die Eingabe der Oesterreichischen Bischöfe an das Ministerium in der „Ostdeutschen Post" erschienen, steht also damit im engsten Verbande: Außerordentliche Beilage zum „Kapitelboten" Nr. 2. Unserm Hochwürdigsten Herrn Bischofe wurde neuerlichst aus Wien von höchst achtbarer und zuverlässiger Hand folgende Zuschrift zu Theil: „Einem freundlichen Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten Fürst Schwarzenberg aus Olmütz zufolge, erkläre sich das hohe Ministerium, daß es Vorstellungen der kirchlichen Oberhirten gegen die Grundrechte als einen Beweis ihrer Berufstreue ansehn wolle, und auch nicht unterlassen werde, solche zu unterstützen." Unser Hochwürdigster Herr Ordinarius glaubt eine so trostbringende Nachricht auch seinem geliebten Diöcesanclerus nicht vorenthalten zu dürfen.

Kremsier, den 25. Januar. Die Regierung hat aus Agram eine Erklärung des croatischen Vor-Parlaments erhalten. Man fordert: „eine nationale Verwaltung und Repräsentation, und ein verantwortliches Ministerium bei der Centralgewalt, um die sämmtlichen Verfügungen gegenzuzeichnen." Wenn die übrigen Slaven dasselbe begehren, so ist die Föderation für Oesterreich vollendet.

Kronstadt, den 6. Januar. Gestern Abend sind 2 Polks Kosaken, 1 Bataillon Russischer Jäger und 6 Kanonen mit der nöthigen Artilleriemannschaft und Bespannung auf dem Predjal angekommen. 1 Russisches Infanterieregiment ist in Valeni und andere starke Abtheilungen Russischer Kavallerie und Infanterie mit Kanonen in Tirgovescht und anderen Orten einmarschirt. Unsere ganze Grenze ist also mit Russischen Truppen besetzt. General Engelhard wurde gestern in Obertömös erwartet. — So eben ist hier die Nachricht eingelangt, daß das Regiment Hoch- und Deutschmeister und eine Division Kürassiere mit 6 Kanonen aus Galizien als Hilfstruppen in Siebenbürgen angelangt sind.

Triest, den 24. Januar. So eben langt ein Sardinischer Dampfer mit der Parlamentair-Flagge mit einer Depesche für S. E. Graf Guylai und einer andern für das Französische Dampfboot Asmodee von Ancona an. Heute Abends um 8 Uhr wird unser „Vulcano" nach Ancona abgehen. Dies hat die Neugierde des Publikums sehr gespannt.

Semlin, den 21. Januar. Der Patriarch ließ in der Serbischen Wojwodschaft am 6. Januar bekannt machen, daß auf Grund des a. h. Kaiserl. Manifestes vom 15. Dez. a. p., worin die Serbische Nationalität durch Wiederherstellung des Patriarchats und der Wojwodschaft verbürgt wurde, zur Beruhigung der Serbischen Nation, der Einförmigkeit und des vollkommenen Einverständnisses wegen, vom 1. Januar l. J. angefangen die Amtshandlung in allen Verwaltungszweigen der Serbischen Wojwodschaft in Serbischer Sprache geführt werden, daß aber auf Grundlage der Gleichberechtigung die Deutschen ihre Zuschriften in ihrer Muttersprache einreichen können.

Backa, den 20. Januar. Die Magyaren sind auch aus Neusatz größtentheils verschwunden, und man hört daselbst öffentlich statt wilder Magyarenlieder die schönen Serbischen Lieder ertönen. Der Bischof Platon Atanaczkowich hielt in dieser sonst magyarischen Stadt in der Kirche eine Predigt, in der er sich offen aussprach, daß lediglich die Treue und die Anhänglichkeit der Serben an den Oesterreichischen Thron dieselben erhalten könne, und daß die Magyaren im strengsten Sinne Rebellen genannt werden müssen.

Syrmien, den 21. Januar. Vorgestern sind bei Boljewcze 700 Serbianer übergetreten, von denen etwa 350 Mann in Karlowitz bleiben, die andern aber nach St. Thamas abgehen werden. Das Syrmische Provinziale hat sich erklärt, die bisherige Magyarische Verwaltung ferner nicht mehr anzuerkennen und zu dulden, und den Wunsch ausgesprochen gleich den Mitbrüdern eine militairische Verfassung zu erhalten. — Bei Pancsova sind gestern 400 Serbische gut ausgerüstetete Zigeuner übergesetzl. Die Truppenmacht der aus dem Fürstenthume Serbien den Oesterreichischen Serben zu Hilfe geeilten Serbianer beträgt 20,000 Mann.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 25. Jan. Nationalversammlung. Sitzung vom 25. Januar. Anfang $2\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident: Marrast. Leon Faucher, der Minister des Innern, überreicht mehrere Gesetzentwürfe, welche Ueberstenerungen zu Arbeiten für das Proletariat verlangen, Gent und Ledru Rollin überreichen Bittschriften vieler Weinhändler gegen die berüchtigte Steuer-Handhabung. Eine Masse von Petitionen strömt von der Rechten dem Büreautische zu, welche die Auflösung der National-Versammlung verlangen. Ledru Rollin und Etienne Arago überreichen Petitionen im entgegengesetzten Sinne. (Stimmen zur Rechten: Wie viel Unterschriften? Gelächter.) Marrast: Ich benachrichtige die Versammlung, daß die Billaultsche Budget-Commission versprochen, noch heute ihren Bericht abzustatten. (Ah! Ah!) Die Versammlung schreitet jetzt zum eigentlichen Tagesgeschäft, nämlich zur Fortsetzung der überaus geisttödtenden Staatsraths-Debatte. Art. 19. ist dahin geändert: „Der Präsident der Republik kann die Requetenmeister auf Vorschlag des Präsidenten des Staatsraths und der Sections-Chefs absetzen ꝛc." (Angenommen). Die Artikel 20 — 28., von dem Amtsverhältniß der Staatsraths-Beamten, werden rasch hintereinander discutirt, und nach Verwerfung einer Menge unerheblicher Nebenanträge angenommen. Die Versammlung, welche schon ziemlich zerstreut, und weit mehr mit der gereizten Stimmung von Paris beschäftigt ist, überläßt sich allerlei Privatgesprächen, die Marrast mit seinem Papiermesser vergebens zu beherrschen strebt. Beim Art. 29. des Entwurfs nahm der Saal plötzlich ein anderes Ansehn an. Die Debatte wird abgebrochen. Verryer erscheint auf der Bühne, und beantragt die Erlaubniß für die Stadt Marseille, sich abermals zur Beschäftigung ihres Proletariats übersteuern zu dürfen. Die Sache sei dringend. Die Dringlichkeit wird ausgesprochen. Grevy, mit dem Bericht der Commission über Auflösung der National-Versammlung in der Hand, folgt ihm auf der Bühne. (Große Aufregung im Saale). Man kennt bereits den Inhalt desselben. Er erklärt das Mandat der Versammlung für noch nicht vollendet, und dringt auf genaue Erfüllung des Art. 115. der Verfassung, mithin auf Verwerfung aller Auflösungsgelüste. Eine Menge Volksvertreter eilen zu dem Büreautisch, um sich für die Debatte einschreiben zu lassen. Mornay erklärt, es sei reglementswidrig, sich vor vollendeter Vorlesung der Berichte einschreiben zu lassen. Die Versammlung beschließt, den Antrag am nächsten Montag (29.) zu discutiren. Hiernächst erscheint Billault auf der Bühne, mit dem nicht minder berüchtigten Bericht über den Budgetsturm in der Hand. Der Finanzminister Passy unterstützt die Dringlichkeit dieser Angelegenheit. Die Versammlung weist Billaults Antrag an die Abtheilungen, die ihr schon Sonnabend (27.) berichten sollen. F. Lasteyrie rügt die Parteilichkeit, mit der man den Fallouxschen Antrag, rücksichtlich des Verwaltungsunterrichts, zerzausen wolle. (Gewaltiger Lärm mit Zwischendebatte). Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

— Die Gazette des Tribunaux enthält Folgendes: „Seit der Februarrevolution wurde so manches großes Etablissement nicht nur wegen der allgemeinen Handelsstockung seinem Ruin nahe gebracht, sondern auch deswegen, weil die Arbeiter ihre Ansprüche erhöhten und die thätigsten Etablissements entvölkerten, sobald sich die Inhaber ihren Forderungen widersetzten. Die Aufmerksamkeit der Behörden richtete sich deshalb hauptsächlich auf die Entdeckung der Mittel, die arbeitsunlustigen Arbeiter zu ernähren. Es ist ihr gelungen, in den meisten Fällen geheimen Verbindungen auf die Spur zu kommen, welche Beiträge in guten Zeiten für dergleichen Zwecke sammeln und sie dann bei allgemeinen Arbeitseinstellungen vertheilen. Es ist ferner entdeckt worden, daß die Arbeitseinstellungen nur dann eintreten, wenn sich die gehörigen Fonds in jenen Sinecurenkassen befinden. Dieser Fall war es auch bei den Lichtfabriken, die jetzt verödet sind, als sich ihre Arbeiter, gleich den Bäckergesellen, entfernt haben. Aber die Gerichtsbehörden haben beschlossen, diesem Unfuge ein Ende zu machen, und gestern die drei Führer der Lichtgießergesellen nebst allen Papieren, Büchern und einem bedeutenden Kassenbestande verhaften lassen.

— Der National berichtet von einem sehr erbaulichen Auftritt, welcher sich zwischen den HH. Thiers und Cousin in der Fallouxschen Unterrichts-Commission zutrug. Es handelte sich in der betreffenden Sitzung um Feststellung des Kostenpunkts des Volksunterrichts, der bisher in Frankreich so schlecht bezahlt wurde, daß die meisten Lehrer noch nebenbei die Dorfschneiderei oder Gemeindeschusterei, wenn nicht noch etwas Mühevolleres treiben mußten, um sich und die Ihrigen zu ernähren. Cousin beantragte Erhöhung aller Gehalte der Elementarlehrer, und Ertheilung des freien Unterrichts für die Kinder, Abschaffung des Privatschulpfennigs u. s. w. Thiers aber erklärte, daß Frankreich nicht so reich sei, um allem Volksgesindel freie Schule zu gewähren!!! — „Hr. Thiers — unterbrach ihn Cousin — es thut mir leid, Sie an etwas erinnern zu müssen; aber Sie scheinen es vergessen zu haben, daß Sie selbst auf Staatskosten erzogen wurden. Sie waren ein Freischüler. Ich bin dem Staate denselben Dank schuldig, und werde dies niemals vergessen. Wäre Frankreich nicht reich genug gewesen, die Kosten unserer Erziehung zu tragen, so würden weder Sie noch ich dorthin gekommen sein, wo wir stehen." Hr. Thiers antwortete keine Silbe.

— Die Abgeordnetenkammer der Sandwich-Inseln hat der Französischen Republik und Regierung einen Glückwunsch übersandt. Der Herrscher Tamiameah hat sich dieser Achtungsbezeigung angeschlossen. Das Schreiben ist durch den in Honolulu beglaubigten Französischen Gesandten hierher gelangt und in der Nationalversammlung ausgelegt.

Cavaignac empfing in diesen Tagen ein prächtiges Theeservice als Geschenk eines ungenannten Englischen Fabrikanten, der sich einen Bewunderer seines Charakters und seiner Vaterlandsliebe nennt.

— Einer neuern Anordnung nach eröffnete Lherminier nun doch heut Mittag im College de France seine Vorlesung über vergleichende Gesetzgebung. Diese erste Vorlesung konnte, wegen der darin vorgekommenen (hoffentlich nicht wiederkehrenden) Unruhen nicht beendet werden. Ein Theil der Zuhörer hatte nämlich den Professor durch Geschrei anhaltend unterbrochen. Nach dreiviertelstündigem Ausharren zog sich Lherminier zurück, indem er gegen die Gewalt, welche seiner Person, der Wissenschaft, der Unterrichtsfreiheit undd en Rechten der Studirenden widerfahren, laut Verwahrung einlegte.

— Alles strömt in das Theater der Porte St. Martin, wo heute Abend ein neues Stück, „Die Kastanien," gespielt wird, in welchem Marrast und Ledru-Rollin die Hauptrolle spielen.

— Rey, der Commandant des Stadthauses zur Zeit der provisorischen Regierung, und einer der energischsten Demokraten der Februar-Revolution, der jüngst die Schwelle des Kerkers verließ, und sich mit Adam, dem Präfekturschreiber schoß, wohnte gestern einem Prozesse bei, den sein Freund Dr. Bellanger wegen einer Broschüre, »Simples rapprochemens,« vor den Assisen hatte. Bellanger wurde zu 6 Monaten Gefängniß und 200 Frs. Geldstrafe wegen Aufreizung zum Bürgerkrieg verurtheilt. Beim Schluß der Assisensitzung (gegen 7 Uhr) verbreitete sich die Nachricht in dem Saal, daß die Nationalversammlung mit 466 gegen 288 Stimmen die Mai-Gefangenen nach Bourges vor den neuen Gerichtshof stelle. Diese Nachricht, in Verbindung mit der Aufregung der Assisensitzung, machte auf Rey einen solchen Eindruck, daß ihn ein Nervenschlag traf, der ihn um 10 Uhr Abends in seiner Wohnung, und umgeben von seinen tief erschütterten Freunden, im kräftigsten Alter dahinraffte. Die Demokraten werden seinen Leichenzug morgen ankündigen.

— Die Frau des in Vincennes eingekerkerten Albert, Mitgliedes der früheren provisorischen Regierung, bewohnt jetzt hier ein Zimmer von 60 Frs. jährlicher Miethe und empfängt Bezirksalmosen.

— Der Moniteur enthält heute, wie schon angezeigt, die Ernennungen von nicht weniger als 55 neuen Präfecten und Unterpräfecten. Sie sind meist alte Beamte unter Louis Philipp. Die Erbitterung der Oppositiosblätter gegen diese Ernennungen ist sehr groß.

— Für heute Abend sind die Patrouillen verstärkt.

— Morgen eröffnet Michelet seinen Geschichts-Cursus wieder. Der Panslavist Robert hat den seinigen schon vor längerer Zeit wieder begonnen.

— Das Journal des Débats berichtet: „Morgen wird eine kirchliche Feier für die Ruhe der Seele Charles Bonaparte's, Vaters des Kaisers Napoleon, in der Kirche St. Leu-Taverny stattfinden. Bekanntlich sind die sterblichen Reste des Vaters des Kaisers und die des Exkönigs von Holland, Vaters des Präsidenten der Republik, in dieser Kirche niedergesetzt."

— Das Petit-Luxembourg wird bereits zur Wohnung für den Vice-Präsidenten eingerichtet.

Großbritanien und Irland.

London, den 22. Jan. Das frühere bekannte Unterhausmitglied Dr. Bowring, ist zum Britischen Consul in China ernannt worden und bereits vorgestern zunächst nach Alexandria abgereist.

— Die Irischen Provinzialzeitungen fahren fort, von zahllosen Verbrechen, Brandlegungen, Mordthaten u. s. w. zu berichten. Es ist unmöglich, sich einen Begriff von dem jetzigen trübseligen Zustand des Landes zu machen. Zur Füllung des Unglücksmaßes ist die Cholera an verschiedenen Orten ausgebrochen.

— Der „Times" zufolge wird das Parlament von der Königin in Person eröffnet, sodann von Lord Harry George Vane, einem Liberalen, ein Antrag auf eine Adresse des Unterhauses gestellt und dieser Antrag von Hrn. Eduard Herbert Bunbury, ebenfalls einem Liberalen, unterstützt werden. Inzwischen hat Lord John Russell an die zur Rechten des Sprechers sitzenden Mitglieder des Hauses das gebräuchliche Rundschreiben erlassen, worin er sie davon in Kenntniß setzt, daß der Zusammentritt des Hauses auf den 1. Febr. bestimmt, daß bei der Eröffnung des Hauses Geschäfte von großer Wichtigkeit zu erledigen seien und daß er hoffe, es würde ihnen passend sein, an besagtem Tage sich einzufinden.

— Man erhielt in England Nachrichten und Zeitungen aus den Englischen Kolonien in Australien, die aus Sidney bis zum 31. und aus dem Bezirk Port Phillip bis zum 19. Aug. reichen. Sie melden unter anderm das Kuriosum, daß die Bevölkerung von Melbourne, der Hauptstadt des letztern Bezirks oder der Landschaft Australia Felix, man möchte fast glauben in einer Anwandlung von spaßhafter Laune, mit Stimmenmehrheit den Kolonialminister Grafen Grey zu ihrem Vertreter in den gesetzgebenden Rath zu Sidney gewählt hat. Man weiß nicht, ob sich Graf Grey diese seltsame Anerkennung für die vielen Angriffe, denen er ausgesetzt ist, zum Trost gereichen lassen wird. Indeß sind gegen diese lustige Wahl so viele Protestationen eingelaufen, daß man sich veranlaßt sah, eine neue Wahl auszuschreiben. Sonst melden die Südaustralischen Zeitungen, hierunter der „South Australian Register," der „Maitland Mercury" u. s. w. noch die Ankunft des neuen Gouverneurs für den Bezirk Port Phillip, Sir H. E. F. Young, und das Eintreffen einer Gesellschaft Deutscher Auswanderer, 262 an der Zahl, mit dem Bremer Schiff Leontine. Der „South Australian Register" bemerkt, daß sich unter ihnen 28 Kajütenpassagiere und mehrere Kapitalisten befänden, welche beabsichtigen, Ländereien anzukaufen, und daß von ihnen unterwegs nur ein Erwachsener und zwei oder drei neugeborne Kinder gestorben seien. Der „Maitland Mercury" enthält die jedoch nicht verbürgte Angabe, daß unser Landsmann Dr. Leichardt, der berühmte Erforscher Neuhollands, nach einem kühnen Zuge, auf dem er sich 300 Englische Meilen weit von seinen Begleitern entfernte, eine herrliche, mit schönen Weiden und Gewässern reich ausgestattete Gegend entdeckt habe, die sich für den Anbau köstlich eigne. Die offiziellen Tabellen weisen nach, daß sich die Wollenausfuhr aus Australien nach England innerhalb dreier Jahre um 24 pCt. vermehrt hat.

Der berühmte Ingenieur Robert Stephenson befindet sich dermalen in Auftrag der Brittischen Regierung in Egypten, um über die Thunlichkeit eines Eisenbahnbaues über die Landenge von Suez ein technisches Gutachten abzugeben.

— Die kürzeste Reise nach dem Goldlande Californien ist nach der Times mit den Dampfschiffen der westindischen Compagnie zu verrichten. Sie fahren den 17. jeden Monats von Southampton ab und langen am 23. des folgenden Monats in Chagres an. Von dort reist man in drei Tagen und für 25 Doll. über den Isthmus von Panama. Die Dampfboote der Gesellschaft des Stillen Oceans fahren am 1. jeden Monats und nehmen bis Californien für die verschiedenen Plätze 100, 200 und 250 Doll. Die Fahrt von Southampton nach Chagres kostet 45, 50 und 60, für Arbeiter nur 25 Pfund Sterlingen.

— Die Cholera scheint in Schottland etwas nachgelassen zu haben: die letzte Liste aus Glasgow meldet 68 Erkrankungs- und 33 Todesfälle. In England ist die Seuche neuerdings an mehreren Orten ausgebrochen, so in Margate an der Küste von Kent. Auch in der Grafschaft Norfolk zählt man 12 Fälle.

— Der Verein für Finanzreform, der die Kosten der einzelnen Verwaltungszweige in einer Reihe von Brochüren beleuchtet, kritisirt in seinem letzten Heftchen das Departement der Staatsforsten und deckt hier Mißbräuche auf, wie sie eben nur im Lande der Erbweisheit oder Erbaristokratie möglich sind. Die vier großen Staatsforsten Newforest, Waltham, Whittlewood und Whychwood haben einen sehr bedeutenden Werth (der des Newforest wird allein auf 942,000 Pfd. St. oder 32,970 Pfd. St. jährlich veranschlagt), bringen aber dem Lande so gut wie gar nichts ein, kosten ihm sogar noch Geld. Im letzten Jahre trug Whittlewood 3 Pf. 3. Sh. ein, Whychwood 123 Pf., Waltham 352 Pfd., während sie bei gehöriger Bewirthschaftung und ohne übermäßige Holzschläge 4—5000 Pfd. St. einbringen könnten. Der größte, Newforest bei Windsor, wurde im Jahre 1847 sogar mit einem Verlust von 3266 Pfd. St. bewirthschaftet. Die Verwaltung dieser Forsten ist aber auch höchst kostspielig. Alle vier stehen unter der Aufsicht von Lordoberförstern, Newforest unter dem Herzoge v. Cambridge, Waltham unter Lord Mornington, Whittlewood unter dem Herzog v. Grafton (die drei letzten Würden sind erblich), und sämmtliche Lordoberförster haben freie Jagd, freie Weide und Streulese in den ihnen zugewiesenen Forsten und behandeln sie im Uebrigen ziemlich wie ihr Privateigenthum.

— Der Globe zeigt heute an, daß es sich mit Lord Palmerston's Befinden sehr gebessert habe, und daß derselbe hoffentlich bald im Stande sein werde, seine Amtsgeschäfte im auswärtigen Departement wieder aufzunehmen.

Spanien.

Madrid, den 18. Jan. Gestern traf hier die amtliche Nachricht ein, daß am 14 verschiedene karlistische Corps, deren Gesammtstärke man auf 500 Mann angiebt, theils bei Irun, theils bei Vera von Frankreich aus in Guipuzcoa und Navarra eingedrungen sind. Nach einigen Berichten betrüge die Anzahl dieser bewaffneten Karlisten über tausend Mann und Eliot stände an ihrer Spitze. Man glaubt, daß dieses Unternehmen mit Cabrera verabredet worden wäre, in der Absicht, einen Theil der ihm in Catalonien gegenüberstehenden Truppen (72,000 Mann) von dort abzuziehen. Cabrera selbst hat zu gleicher Zeit einige hundert Mann nach Ober-Arragonien entsandt, um auch dort den Aufstand zu verbreiten und den Eindringlingen in Navarra die Hand zu reichen. Gegen letztere sind bereits die in den Baskischen Provinzen befindlichen Truppen aufgebrochen, und es scheint in der Nähe von Irun zu einem Gefechte gekommen zu sein.

Schweden und Norwegen.

Christiania, im Januar. Ein merkwürdiger Preßprozeß „Sr. Majestät des Königs von Preußen wider Andreas Wilhelm Rosenberg" liegt dem Gerichte vor. Dieser Herr Rosenberg hatte in einem Gedichte den König von Preußen auf eine so unwürdige Weise angegriffen, daß der Minister einschreiten zu müssen glaubte. Nun entschuldigt sich der Angeklagte damit, daß zur Zeit der Veröffentlichung des Gedichts, nämlich während des Schleswig-Holsteinischen Krieges, der König von Preußen feindselig zu Schweden gestanden habe.

Schweiz.

Neuenburg, den 23. Jan. Gestern wiegelten die Royalisten durch Geld und Branntwein die „Chavanniers" (ein Theil der niedern Volksklasse) zum Aufruhr gegen die bestehende Ordnung der Dinge auf. Sie durchzogen die Straßen und brüllten: vive le roi! Bald kam es zu Thätlichkeiten und man prügelte sich herum, bis die herbeigeeilten bewaffneten Republikaner der Sache ein Ende machten. Diese besetzten dann das Schloß und andere öffentliche Gebäude, um allen Eventualitäten zu begegnen. Von La chaux-de-fonds berichtet der „Républicain neuchatelois" von gestern: In diesem Augenblick (8 Uhr Morgens) marschiren 2½ Compagnien nach Neuenburg.

Italien.

Mailand, den 21. Januar. In der Lombardei dauerten die Auswanderungen fort, und Radetzki hatte Gewalt-Maßregeln ergriffen, um sie zu verhindern. Er hatte die Familien der Emigrirten für sie verantwortlich gemacht, und jeder erreichte Flüchtling sollte „assentirt" werden. — Hier war eine Marquise Busca gestorben; sie hatte eine Million Lire dem General Garibaldi, eine Million dem General Pepe und zwei Millionen den Armen hinterlassen. Für ihre Verwandten war indeß noch ein Sümmchen von 15 Millionen übrig geblieben. — In Mantua wurden binnen ganz kurzer Zeit sechs Menschen erschossen, weil sie mit Waffen auf der Straße ergriffen worden sind, oder Waffen im Hause versteckt gehabt hatten. — Das Provinzial-Collegium von Treviso will auch keine Abgeordneten nach Wien senden. Auf die Drohung, daß der Spielberg noch bestehe, antworteten alle Mitglieder des Collegiums, daß ihnen dies bekannt sei. Pavia will gleichfalls keinen Abgeordneten nach Wien wählen.

Rom, den 15. Januar. Die Regierung setzt so eben einen Wohlfahrts-Ausschuß ein, um Jeden zu richten, welcher es wagen sollte, dem Zusammentreten der Nationalversammlung entgegenzuarbeiten. Jedes derartige Individuum wird als Vaterlandsverräther bestraft. Wie es heißt, hat dieses Revolutions-Tribunal in der Entdeckung einer Verschwörung seinen Grund, welche die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes zum Zweck hatte. Diese Verfügung ist vom 13. d. datirt und von Muzzarelli, Armellini, Galetti, Mamiani, Sterbini und Campello unterzeichnet. Sie verpflichtet auch jeden Provinzial-Chef einen gleichen Ausschuß einzusetzen. — Seinerseits hat das Haupt der Diöcese Imola, der Cardinal Baluffi, gleichfalls am 13. ein Rundschreiben erlassen, worin er den Befehl des Papstes gegen die Theilnahme an den Wahlen zu der Nationalversammlung eingeschärft und die großen Kirchenstrafen über die Zuwiderhandelnden verhängt. — In Bologna herrscht große Verwirrung; die Excommunications-Drohung hat Stadt und Land in zwei feindliche Lager gespalten. Die Municipalität hat ihre Stellen niedergelegt; dasselbe hat in allen benachbarten Gemeinden Statt gefunden. — Welche Stimmung übrigens gegen den Papst und das geistliche Regiment herrscht, ergiebt sich auch aus Folgendem: In Livorno war unlängst eine Proklamation angeschlagen, worin es hieß: „Wir, das Volk, König von Gottes Gnaden, haben decretirt und decretiren, wie folgt: Alle Päpste, von Pius dem Neunten an, sind ihrer weltlichen Gewalt entsetzt. Wir, das Volk, in Folge der Gewalt, welche ist und immer sein wird die Gottes und des Volkes, geben Pius dem Neunten unsern Fluch, und mit dem feierichsten Anathema erklären wir ihn abgesetzt u. s. w."

Palermo, den 6. Januar. Auch der Pole Miroslawski hat sich der sicilischen Regierung zur Verfügung gestellt und in Uebereinstimmung mit dem General Antonini die Leitung des sich täglich mehr herausbildenden sicilianischen Heeres übernommen.

Mailand, den 22. Januar. Aus militairisch-politischen Gründen ist die Sperre zwischen der Lombardei und Piemont bis auf weitern Befehl noch verstärkt und ausgedehnt worden. Nur in Pavia, Magenta und Sesto Calende ist der Durchpaß noch gestattet. — Die hiesigen Nobili wollen die Wiener Versammlungen, wie sie die Oesterreichische Regierung beabsichtigt, nicht nur nicht beschicken, sondern haben sich auch entschieden erklärt, daß sie sich unter Oesterreichs Herrschaft auch der von dem Kaiser gegebenen Verfassung nicht erfreuen wollen. — In Folge der Ungarischen Kriegsereignisse herrschte hier große Aufregung, Pesths Einnahme wurde geradezu für unmöglich gehalten. Aus Piemont war ein Agent mit aufrührerischen Proclamationen an die Kais. Truppen hier ergriffen und erschossen worden.

Rom, den 16. Jan. Alles beschäftigt sich mit den Wahlen. Nur im Kriegsministerium arbeitet man an anderen Dingen. Garibaldi schickt sich an, mit einem starken Corps die Neapolitanische Grenze zu bewachen, und beim ersten Anlaß gegen Neapel, wohin ihn viele Einverständnisse rufen, loszurücken. Ponte-Corvo hat sich vom Kirchenstaat losgesagt. 30 Carabiniers haben die Flucht ergriffen. Der republikanische Geist erwacht täglich stärker.

— Die kleine Besatzung des Pulver-Magazins in Venedig, die von den Venetianern selbst mit Trank und Speise versorgt wurde, da sie drohte, sich sonst sammt dem Gebäude in die Luft zu sprengen, ist endlich durch Oesterreichischen Armeebefehl aus Venedig citirt worden. Die Venetianer gaben ihnen freien Durchzug. Als sie das Magazin untersuchten, fanden sie kein Korn Pulver darin! (K. Z.)

Locales 2c.

Von der Lubieszka, den 26. Januar. Auf den Protest eines großen Theils der Jarociner Urwähler an den Ober-Präsidenten hat die Königliche Regierung geantwortet, daß über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlen Jarocins die Wahlmännerversammlung in Pleschen am 5ten Februar c. entscheiden soll. — Dieser Maaßregel wird jedenfalls gegenüber, wieder Jarocin protestiren und mit Recht. — Räumt man der Wahlmännerversammlung das Recht ein, über Wahlen zu entscheiden, die ungesetzlich stattgefunden haben, so verstößt man ja selbst gegen das Wahlgesetz, und es frägt sich einfach, warum ein Gesetz existire, wenn Niemand die Verpflichtung hat, sich darnach zu richten. — Im Wahlgesetz heißt es, es soll die Wahl durch verschlossene Stimmzettel stattfinden. — Hat aber eine Versammlung das Gesetz nicht verletzt, die durch Namensaufruf gewählt hat, oder in der vor der Abstimmung bekannt gemacht wurde, jetzt den N. N. zu wählen? — Wir bemerken zuletzt noch, daß das Ergebniß der Entscheidung in Pleschen nicht zweifelhaft sein wird, da die Wahl in Jarocin zu Gunsten der Polen ausgefallen ist, welche in der Pleschener Versammlung die Majorität bilden.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Herr Klee hat sehr Recht, wenn er in No. 22. dieser Zeitung sagt, daß die Verfassung vom 5ten December v. J. der Krone eine Gewalt und Macht einräume, welche auf arge Weise gemißbraucht werden könne.

Gerade deshalb wollen wir durch die von uns zu wählenden Deputirten dahin zu wirken suchen, daß die umfangreichsten Bürgschaften gegen derartigen Mißbrauch erstrebt und in die Verfassungsurkunde aufgenommen, diejenigen Bestimmungen aber daraus entfernt werden, durch welche der Krone ein so ungemessenes Uebergewicht über den Volkswillen zuertheilt und der Ministerwillkühr Thor und Thür geöffnet ist. Wir sind unbedingt für eine möglichste Gleichstellung der konstitutionellen Gewalten; läßt sich aber eine solche nicht herbeiführen, so muß in Kollisionsfällen der Schwerpunkt der Macht naturgemäß in dem Volke, nicht aber in der Krone ruhen. Wer dies nicht einsehen kann, dem wird schon die Mitwelt sicherlich noch ein geistiges testimonium paupertatis ausstellen, und wir empfehlen ihm dringend das Studium des in den letzten 33 Jahren von den Deutschen Fürsten befolgten Regierungs-Systems, namentlich des von den Regierungen in Bezug auf die den Deutschen Ländern zugestandenen landständischen Befugnisse am 12ten Juli 1834 zu Wien abgeschlossenen geheimen Protokolls, wodurch das Urtheil des März-Vereins nur zu sehr Bestätigung findet und das Mißtrauen rechtfertigt, welches jede Vereinbarung mit der Krone so sehr erschwert. X. Y. Z.

Die in der gestrigen Posener Zeitung enthaltene Erklärung des Herrn Polizeirath Hirsch über seinen Austritt aus dem Vereine der Deutschen Verbrüderung legt dem unterzeichneten Vorsitzenden des Posener Hauptvereins die Verpflichtung zu folgender Erklärung auf:

Wenn einzelne Mitglieder dieses Vereins, worunter nach jenem Artikel sich auch der Vorsitzende des Deutschen Bezirksvereins befunden hat — denn nur dieser kann gemeint sein — bei den Wahlen aus irgend welchen Motiven sich mit den Polen verbündet haben, so verfallen diese der Rechtfertigung dieser Handlungsweise vor ihrem eigenen Gewissen und der richtenden Stimme ihrer Deutschen und Polnischen Mitbürger. Der Verein selbst hat sie nicht zu vertreten und kann das Geschehene, wenn er in seiner Gesammtheit sich darüber auszusprechen hat, als einen Mangel an Deutschem Nationalgefühl nur bedauern. Das Organ des Vereins, das seit diesem Monat hier erscheinende Volksblatt, enthält in Nr. 3. einen von dem Unterzeichneten verfaßten längern Aufsatz, in welchem diejenigen Ansichten niedergelegt sind, welche, wie der Verfasser voraussetzen zu können glaubte, bei der Mehrheit der Vereinsmitglieder in Hinsicht auf die bevorstehenden Wahlen die herrschenden sind. Wenigstens steht der Unterzeichnete für die Festhaltung der darin ausgesprochenen Grundsätze für seine Person jetzt und immer ein.

Posen, den 30. Januar 1849. Kießling.

Im Verfolg meiner Erklärung in No. 24. dieser Zeitung sehe ich mich genöthigt, zur Begegnung jeder Mißdeutung hiermit ausdrücklich auszusprechen, daß ich mit dem „Vorsitzenden des Vereins der Deutschen Verbrüderung" den Gymnasial-Direktor Konsistorial-Rath Dr. Kießling nicht gemeint habe, auch nicht gemeint haben kann, da von ihm das Verfahren, welches mich zum Austritt aus dem Vereine bestimmte, nicht beobachtet worden ist.

Posen, den 30. Januar 1849. Hirsch.

Mit Vergnügen genüge der Aufforderung des Herrn Regierungsrath Hoppe, in Nr. 24. der hiesigen Zeitung vom gestrigen Tage, und erkläre hiermit der Wahrheit gemäß:

daß der Herr Regierungsrath Hoppe nie und zu keiner Zeit sich gegen mich über meine jüdischen Glaubensbrüder auf eine unliebsame und unwürdige Weise geäußert hat.

Das verbreitete Gerücht ist demnach eine böswillige Lüge.

Falk Fabian.

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.